

Nachstehend wird die Satzung über die Bereinigung unterschiedlicher Finanzierungsverhältnisse durch teilweise Erstattung im Bereich der Abwasserentsorgung bei der Eingliederung der ehemaligen Gemeinde Graupa in die Große Kreisstadt Pirna (Bereinigungssatzung) in der seit 01.01.2002 geltenden Fassung wiedergegeben. Darin sind berücksichtigt:

1. die Satzung über die Bereinigung unterschiedlicher Finanzierungsverhältnisse durch teilweise Erstattung im Bereich der Abwasserentsorgung bei der Eingliederung der ehemaligen Gemeinde Graupa in die Große Kreisstadt Pirna (Bereinigungssatzung) vom 27.03.2001, öffentlich bekannt gemacht im Amtsblatt der Stadt Pirna „Pirnaer Anzeiger“ Nr. 7/2001 am 11.04.2001;
2. die Satzung zur Anpassung kommunaler Satzungen an den Euro (1. Euro-Anpassungssatzung) vom 06.11.2001, öffentlich bekannt gemacht im Amtsblatt der Stadt Pirna „Pirnaer Anzeiger“ Nr. 23/2001 am 05.12.2001.

Satzung

über die Bereinigung unterschiedlicher Finanzierungsverhältnisse durch teilweise Erstattung im Bereich der Abwasserentsorgung bei der Eingliederung der ehemaligen Gemeinde Graupa in die Große Kreisstadt Pirna (Bereinigungssatzung)

Vom 27.03.2001

Auf der Grundlage des § 9 Abs. 2 Satz 1 SächsKAG i.V.m. Artikel 3 des Grundgesetzes hat der Stadtrat der Stadt Pirna in seiner Sitzung am 27.03.2001 folgende Satzung beschlossen.

§ 1 Allgemeines

Mit der Eingliederung der Gemeinde Graupa in die Stadt Pirna gemäß § 22 des Gemeindegebietsreformgesetzes Oberes Elbtal/ Osterzgebirge gibt es zwei unterschiedliche Finanzierungsmodelle für die öffentlichen Einrichtungen der Abwasserbeseitigung in der Stadt Pirna. Erforderlich wurde damit eine Gesamteinrichtung mit der Notwendigkeit einer einheitlichen Finanzierung im Bereich der Abwasserbeseitigung. Mit Beschluss des Stadtrates der Stadt Pirna vom 21.12.1999 erfolgte eine Neufassung der Satzung über den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage und ihre Benutzung im Gebiet der Stadt Pirna. Diese Satzung ist mit Wirkung vom 01.01.2000 in Kraft getreten. Gleichzeitig trat die entsprechende Satzung der ehemaligen Gemeinde Graupa außer Kraft. Hierdurch ist eine Zusammenfassung der bisher nach Gemeinden getrennten öffentlichen Einrichtungen zu einer gemeinsamen öffentlichen Einrichtung der Abwasserbeseitigung erfolgt.

§ 2 Satzungszweck

(1) Die Stadt Pirna erstattet bzw. verrechnet auf Antrag bei Grundstücken, die bis zum Außerkraft-Treten der Satzung der ehemaligen Gemeinde Graupa über die öffentliche Abwasserbeseitigung vom 10.10.1994 zur Zahlung von Abwasserbeiträgen nach dem SächsKAG veranlagt wurden, den Differenzbetrag zwischen dem durch Bescheid festgesetzten Abwasserbeitrag und dem Betrag, der sich aufgrund einer entsprechenden Ermittlung in Anwendung der §§ 27 und 29 Abs. 3 Allgemeine Entsorgungsbedingungen für Abwasser (AEB-A) der Stadtwerke Pirna GmbH ergeben würde, vorausgesetzt der gezahlte Abwasserbeitrag ist höher als der ermittelte Betrag.

Als Baukostenzuschuss ergibt sich ein Betrag in Höhe von 26,58 EUR pro laufenden Meter Straßenfrontlänge. Bei Grundstücken, die an zwei oder mehrere öffentliche Straßen angrenzen, gilt als Frontlänge die halbe Summe aller an berohrten öffentlichen Straßen oder berohrten Privatstraßen angrenzenden Frontlängen des anzuschließenden Grundstückes.

Für jeden Anschluss werden mindestens 10 Meter Straßenfrontlänge der Berechnung des Baukostenzuschusses zu Grunde gelegt; dies gilt auch für Hinterliegergrundstücke.

Als Grundstücksanschlusskosten ergibt sich ein durchschnittlich ermittelter Wert in Höhe von 1.522,60 EUR je Hausanschluss.

Diese Erstattung des Differenzbetrages kommt nur in Betracht für bestandkräftige Bescheide, auch wenn eine Verrentung, eine Stundung oder in sonstiger Weise eine Ratenzahlung bewilligt wurde. Diese Erstattung kommt des Weiteren für rechtswirksam abgeschlossene Verträge über die Ablösung des erstmaligen Abwasserbeitrags zur Anwendung, auch wenn hier eine Verrentung, Stundung oder Ratenzahlung vereinbart wurde.

(2) Ergibt sich entsprechend der Berechnung nach den §§ 27 und 29 Abs. 3 AEB-A der Stadtwerke Pirna GmbH ein Berechnungsbetrag, der größer ist als der mit bestandkräftigem Beitragsbescheid festgesetzte Beitrag oder nach dem rechtswirksam abgeschlossenen Vertrag über die Ablösung des erstmaligen Abwasserbeitrages, dann bleibt es bei dem im bestandkräftigen Bescheid festgesetzten Beitrag bzw. bei dem rechtswirksam vertraglich vereinbarten Betrag.

(3) Der Erstattungs- bzw. Verrechnungsanspruch entsteht mit dem Eingang eines begründeten Antrags im Sinne des § 2.

(4) Eine (Teil-)Abhilfe in den nicht bestandkräftigen Beitragserhebungsverfahren wird von den Regelungen dieser Satzung nicht berührt. Diese (Teil-)Abhilfe erfolgt bereits unabhängig von dieser Satzung.

§ 3 Voraussetzung der Erstattung bzw. Verrechnung

(1) Die Erstattung bzw. Verrechnung wird auf die Fälle beschränkt, in denen der Beitrag tatsächlich entrichtet worden ist.

(2) Abgeschlossene Verträge über die Ablösung des erstmaligen Abwasserbeitrages werden einvernehmlich dahingehend geändert, dass ein Erstattungsanspruch analog § 2 Abs. 1 erfolgt.

§ 4 Antragsverfahren

(1) Die Erstattung bzw. Verrechnung des sich nach § 2 Abs. 1 ergebenden Differenzbetrags erfolgt nur auf schriftlichen Antrag. Dieser schriftliche Antrag ist spätestens bis zum 30.06.2003 an die Stadtverwaltung Pirna, Am Markt 1/2 in 01796 Pirna zu richten. Die Bearbeitung der Anträge erfolgt in der Reihenfolge ihres Eingangs bei der Stadtverwaltung Pirna.

(2) Antragsberechtigt im Sinne des Abs. 1 ist derjenige, der im Einzelfall ein berechtigtes Interesse an einer Erstattung bzw. Verrechnung des sich nach § 2 Abs. 1 ergebenden Differenzbetrages hat.

(3) Der Antrag nach Abs. 1 hat formlos zu erfolgen, er muss mindestens folgende Angaben enthalten:

a) Bezeichnung des Flurstücks und der Gemarkung, für welches die Erstattung bzw. Verrechnung beantragt wird,

- b) Adressat des Abwasserbeitragsbescheides bzw. Vertragspartner des Vertrags über die Ablösung des erstmaligen Abwasserbeitrags,
- c) aktueller Nachweis des Eigentums an dem Flurstück (durch persönliche Erklärung, s. Muster Anlage 1 oder unbeglaubigten Grundbuchauszug),
- d) Datum des Abwasserbeitragsbescheides bzw. des Vertrags über die Ablösung des erstmaligen Abwasserbeitrags,
- e) Höhe des durch Bescheid bzw. des durch Vertrag festgesetzten Abwasserbeitrages,
- f) Nachweis über die Bezahlung des Abwasserbeitrages (z.B. Kontoauszug),
- g) Bestätigung der Straßenfrontlänge des Flurstücks,
- h) Bankverbindung (Kontoinhaber, Kontonummer, Kreditinstitut und Bankleitzahl
- i) bei Personenverschiedenheit vom heutigen Grundstückseigentümer bzw. dem sonst zur baulichen Nutzung dinglich Berechtigten und dem früheren Beitragsschuldner Vorlage einer schriftlichen Einigung, wer Empfänger der Rückzahlung sein soll.

§ 5 Entstehen, Fälligkeit und Verzinsung des Erstattungsbetrages

(1) Soweit der durch Bescheid festgesetzte Abwasserbeitrag bzw. der durch Vertrag vereinbarte Abwasserbeitrag bereits in voller Höhe gezahlt worden ist, wird der sich nach § 2 Abs. 1 ergebende Differenzbetrag erstattet. Der Erstattungsbetrag ist nach Bestandskraft des Erstattungsbescheides zur Zahlung fällig. Soweit eine dem Erstattungsbescheid beigefügte Rechtsmittelverzichtserklärung unterzeichnet wird, ist der Erstattungsbetrag spätestens zwei Wochen nach deren Eingang bei der Stadt Pirna fällig, sonst spätestens 4 Wochen nach Bestandskraft des Erstattungsbescheides

(2) Soweit für den durch Bescheid festgesetzten Abwasserbeitrag bzw. für den durch Vertrag vereinbarten Abwasserbeitrag eine Verrentung, eine Stundung oder in sonstiger Weise eine Ratenzahlung bewilligt worden ist, erfolgt für den Fall, dass der festgesetzte Betrag bzw. der vereinbarte Betrag bereits in voller Höhe gezahlt worden ist, eine Erstattung in analoger Anwendung des Absatzes 1. Für den Fall, dass der festgesetzte Betrag bzw. der vereinbarte Betrag noch nicht in voller Höhe gezahlt worden ist, wird der sich nach § 2 Absatz 1 ergebende Differenzbetrag grundsätzlich auf die zuletzt fällige(n) Verrentungs-, Stundungs- oder sonstigen Rate(n) bzw. die noch offene Abwasserbeitragsforderung angerechnet. Eine Korrektur der vor Erlass des Erstattungsbescheides tatsächlich gezahlten Verrentungs-, Stundungs- oder sonstigen Zinsen erfolgt nicht.

(3) Der Oberbürgermeister wird ermächtigt, bei Bedarf weitere Vorschriften zu erlassen, die das Verfahren der Erstattung bzw. Verrechnung der sich nach § 2 Absatz 1 ergebenden Differenzbeträge zu regeln und den Grundsätzen dieser Satzung entsprechen.

§ 6 Erstattungsberechtigter

(1) Die Erstattung bzw. Verrechnung des sich nach § 2 Abs. 1 ergebenden Differenzbetrags erfolgt grundsätzlich nur gegenüber dem Grundstückseigentümer.

(2) Die Erstattung bzw. Verrechnung des sich nach § 2 Abs. 1 ergebenden Differenzbetrages kann in Ausnahmefällen abweichend von Abs. 1 gegenüber einem Dritten vorgenommen werden, wenn dieser in geeigneter Weise darlegt, dass er den durch Bescheid festgesetzten Abwasserbeitrag anstelle des Grundstückseigentümers oder sonstigen dinglich zur baulichen Nutzung Berechtigten getragen hat.

§ 7 Mahngebühren und Säumniszuschläge

Soweit bei nicht fristgerechter Zahlung der angeforderten Abwasserbeiträge bzw. der vereinbarten Abwasserbeiträge bzw. der festgesetzten Verrentungs-, Stundungs- oder sonstiger Raten vor dem Inkrafttreten dieser Satzung für den sich nach § 2 Abs. 1 ergebenden Differenzbetrag Säumniszuschläge und Mahngebühren von der Stadt Pirna festgesetzt worden sind, werden diese nicht erstattet. Das gilt auch für die im Verwaltungsvollstreckungsverfahren festgesetzten Gebühren und Auslagen.

§ 8 Verzinsung der Erstattungsbeträge

Bei einer Erstattung des sich nach § 2 Abs. 1 ergebenden Differenzbetrages erfolgt keine Verzinsung der Erstattungsbeträge.

§ 9 In-Kraft-Treten

Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.

Pirna, 28.03.2001

Bohrig
Oberbürgermeister